

"Die Perspektive des Evangeliums fehlt"

Stellungnahme zur Erklärung der deutschen Kommission "Justitia et Pax" zum Krieg gegen die Ukraine vom 26. März 2022

1. Kirche hat nach dem Hirtenwort "Gerechter Friede" der deutschen Bischöfe den "Auftrag, mitten in der Welt des ächzend-stöhnenden gewaltbewehrten Friedens einen größeren, „messianischen“ Frieden zu leben, der nicht auf Gewalt, sondern auf Vertrauen baut und so alle, welche den wahren Frieden suchen, faszinieren kann." (GF 162) Sie hat diesen Auftrag, so wird betont, nicht aufgrund eines Zeitgeistes, sondern "vom Herrn".

Die Unterzeichner hätten sich gewünscht, in der Erklärung der bischöflichen Kommission "Justitia et Pax" mehr von diesem größeren, messianischen Frieden zu spüren. Aus unserer Sicht dominiert der weltlich ächzend-stöhnende gewaltbewehrte Frieden die Ausführungen. Die Erklärung spricht immer wieder von einem "wir", zum Beispiel davon, dass "wir" uns auf eine "lange Zeit grundlegender konfrontativer Auseinandersetzung mit der russischen Föderation" einzustellen haben. Hier wird schlaglichtartig die (aus unserer Sicht falsche) Perspektive deutlich, in der die Erklärung denkt. Es ist die Perspektive der Politik, es geht um das politische "Wir" Deutschlands. Die katholische Kirche, auch die in Deutschland, steht keineswegs vor einer Zeit "grundlegender Auseinandersetzungen mit der russischen Föderation". Ihre Aufgabe wäre es im Gegenteil, sollte es politisch dazu kommen, diese Auseinandersetzung nach Kräften zu mindern, so zumindest die Vision des Hirtenwortes "Gerechter Friede": "Mitten in einer Welt voll Krieg und Gewalt kann die Kirche nicht als Sakrament des Friedens wirken, wenn sie sich anpasst. Diese Welt braucht keine Verdoppelung ihres Unfriedens durch eine Religion, die zu allem Ja und Amen sagt." (GF 164)

2. Weithin liest sich die Erklärung wie eine politische Analyse. Kant wird als Maßstab genannt, die biblische Botschaft nicht; die Perspektive des Evangeliums fehlt. Die Frage, was für einen Sinn eine Wiederholung üblicher politischer Einschätzungen durch eine bischöfliche Kommission ergibt, drängt sich auf. Die dabei getroffenen Urteile werden zudem nicht durch Belege transparent und nachvollziehbar gemacht. Einem regelmäßigen Zeitungs- und Nachrichtenkonsumenten werden viele Einschätzungen bekannt und vertraut vorkommen. Ob sie richtig sind, ist damit aber noch lange nicht erwiesen. Einige Rückfragen können die Problematik so mancher Aussage zeigen:

- *"Der Angriff auf die Ukraine ist nicht einfach ein regionaler Konflikt, sondern eine weltordnungspolitische Auseinandersetzung. Es ist ein Angriff auf die Grundlagen des Völkerrechts und zugleich ein Angriff auf die europäische Idee sowie die europäischen und westlichen Werte."*
Zunächst einmal ist es selbstverständlich ein regionaler Konflikt, nämlich allein bezogen auf das Territorium der Ukraine. Es ist ein militärischer Angriff und damit ein Bruch des Völkerrechts. Mit den Aussagen "Angriff auf die Grundlagen des Völkerrechtes, Angriff auf die europäische Idee und auf die westlichen Werte" werden Argumentationsfiguren aus dem medialen politischen Diskurs übernommen, die eher die Dramatik steigern, aber nicht zur Klarheit beitragen.
- Die Rede von einer *"Hinwendung zur Tradition des großrussischen Imperialismus"* rekurriert vermutlich auf entsprechende Reden und Texte des russischen Präsidenten. Demgegenüber aber stehen die von Russland genannten Ziele, Entmilitarisierung, Neutralität und Autonomie von Gebietsteilen bzw. Anerkennung ihrer Unabhängigkeit. Diese Ziele können ein Bluff sein, sie müssen es aber nicht und sie wären im Sinne einer Verhandlungslösung umgehend auf ihre Ernsthaftigkeit zu testen. Gegen "großrussischen Imperialismus" als Ziel des Angriffs auf die Ukraine scheinen auch die insgesamt für eine Besetzung viel zu schwachen militärischen Kräfte zu sprechen, so zumindest die Einschätzung zahlreicher Militärs.
- Ob man sich auf eine *"lange Zeit grundlegender konfrontativer Auseinandersetzung mit der russischen Föderation"* einzustellen hat, hängt wiederum wesentlich davon ab, ob es der Politik gelingt, ernsthafte Verhandlungen und einen Interessensausgleich zu finden.
- Irritierend ist die mehrfache Rede von der *"Besonnenheit der ukrainischen Führung"*. Wenn man sich die Reden des ukrainischen Präsidenten auf <https://www.ukrinform.de> liest, hat man nicht den Eindruck von Besonnenheit; der permanente Aufruf an die Welt, in den Krieg mit einzutreten, der permanente Versuch, die NATO mit hineinzuziehen und die moralische Art und Weise der Rede, die teilweise Züge einer moralischen Erpressung trägt, sprechen eine andere Sprache. Auch wäre ein genauerer Blick auf die Maßnahmen der ukrainischen Regierung nötig: von der Verschleppung der Umsetzung von Minsk II über die vor genau einem Jahr in Kraft gesetzte Strategie "Für

Deokkupierung und Reintegration der Krim" (in der auch militärische Mittel genannt werden) bis hin zu den während der olympischen Spiele zu Tage getretenen russophoben Auswüchsen (Fraternisierungsverbot; Ausschluss der behinderten Sportler Russlands bei den Paralympics etc.). Vgl. aktuell auch die unter <https://taz.de/Fehler-der-Ukraine!/5841573/> genannten Fakten.

3. Die Aussage, wonach das "in der Lehre der Kirche bejahte (...) Recht auf Selbstverteidigung (...) im Falle der Ukraine völlig unbestritten gegeben" sei, ist unserer Überzeugung nach so nicht haltbar. Das Recht auf Verteidigung mit Waffen ist in der kirchlichen Lehre an strenge Bedingungen geknüpft. Es muss das letzte Mittel sein (*ultima ratio*); andere Mittel müssen also versucht worden sein. Vor allem muss sichergestellt sein, dass sich durch bewaffnete Gegenwehr die Dinge bessern, also wirklich etwas geschützt oder verteidigt werden kann. Ist nur eine dieser Bedingungen nicht gegeben, ist bewaffnete Gegenwehr nicht erlaubt. Wer aber will nach diesen furchtbaren vier Wochen Krieg noch wagen, zu behaupten, die Verhältnisse hätten sich durch die bisherige bewaffnete Gegenwehr verbessert? Welches Ziel kann bewaffnete Gegenwehr gegen eine atomar bewaffnete Macht überhaupt verfolgen? Sollte bewaffnete konventionelle Gegenwehr eine atomar bewaffnete Macht konventionell besiegen, ist sie darauf angewiesen, dass diese Macht auf ihre atomaren Machtmittel nicht zurückgreift. Ein solches Vertrauen auf Zivilität und Humanität eines Aggressors (!) erscheint uns irrational.

Hinzu kommt, dass seit Jahrzehnten umfangreiche Studien über die Möglichkeiten zivilen Widerstandes/Sozialer Verteidigung vorliegen: "Daß die gewaltlose Methode als solche dem Geiste Christi mehr entspricht als die gewaltsame, kann nicht bestritten werden." (Franziskus M. Stratmann OP) Bewaffnete Gegenwehr kann daher überhaupt nur dann letztes Mittel darstellen, wenn das andere Mittel eines zivilen Widerstandes erprobt worden ist. Sicher werden auch bei zivilem Widerstand Menschen sterben, aber – so die Erkenntnis empirischer Studien – wesentlich weniger und in der Regel nur die, die sich darauf vorbereitet haben – oder gewisse Eliten. Bei gewaltsamer Gegenwehr aber sterben gerade diejenigen, die nie gefragt worden sind, ob sie zu diesem Preis verteidigt werden wollen, es sterben Alte, Kranke, Frauen und Kinder.

Die Frage nach der sittlichen Legitimität von Waffenlieferungen muss vor diesem Hintergrund diskutiert werden. Wenn bewaffneter Widerstand nicht erlaubt ist, wenn Waffen aller Erwartung nach nur zu einer Verlängerung des Krieges und zu weiteren Opfern führen, dürfen keine Waffen geliefert werden.

4. Kluge wirtschaftliche Sanktionen können ein gewaltarmes Druckmittel darstellen. Wenn von Sanktionen gesprochen wird, die "langfristig auf die innere Destabilisierung des Putin-Regimes" zielen, so wird hier aber einer gefährlichen Politik das kirchlich legitimierende Wort geredet. Destabilisierung von Regimen ist selten eine konfliktmindernde Idee (Libyen !), im Falle einer atomaren Macht kann es eine zynische Form von russisch Roulette darstellen.

5. Zu Recht wird betont, dass "die Menschen in Russland, die sich gegen den Krieg stellen, ein wichtiges Zeichen für eine bessere Zukunft" seien und "Anerkennung und Solidarität" verdienen. Solche Menschen gibt es allerdings auch in der Ukraine, und sie benötigen nicht nur Solidarität. Vor allem die Kriegsdienstverweigerer in Russland wie in der Ukraine bräuchten dringend Ausreise- und Asylmöglichkeiten. Das einzufordern wäre eine originär kirchliche Aufgabe.

6. Die exorbitante Aufrüstung deutschen Militärs wird sprachlich zu einer 'Rückstände' aufholenden "Ausrüstung der deutschen Streitkräfte" umgewandelt, die Erhöhung des Verteidigungshaushalts sei notwendig, "um den Bündnisverpflichtungen nachzukommen". Insgesamt gehe es um eine "notwendige Korrektur" Einige warnende Worte, es nicht zu übertreiben, und bitte auch alles andere weiterhin zu finanzieren, um die "Gesamtbalance im Rahmen deutscher (Friedens-)Politik" zu halten, können kaum verdecken, dass hier eine Pauschallegitimierung von äußerst problematischen, bislang nicht detailliert begründeten und nicht im demokratischen Diskurs diskutierten Maßnahmen vorliegt. Es ist naiv, anzunehmen, dass eine solch massive Aufrüstung, mit der Deutschland alleine an den Rüstungsetat Russlands herankommt (!) nicht exakt dazu führen wird, was ganz vorsichtig im Konjunktiv angedeutet wird: "Es besteht die Gefahr einer situationsbedingten Überreaktion, die zudem auf Kosten der ebenfalls grundlegenden Klima-, Entwicklungs- sowie Sozialpolitik gehen könnte".

7. Über die für Papst Franziskus so zentrale Perspektive biblisch begründeter und politisch wirksamer Gewaltfreiheit ist im Papier der Kommission Justitia et Pax wenig zu lesen. Zwar wird zunächst richtigerweise betont, dass eine solche Perspektive sich "dem Sog völliger Verfeindung, den jeder Krieg ausübt", widersetzt, dann aber ist die Rede davon, "die politisch Verantwortlichen anzuklagen und, wenn möglich, zur Rechenschaft zu ziehen." Eine Perspektive der Gewaltfreiheit denkt demgegenüber nicht zuerst in der Per-

spektive von öffentlicher "Anklage" und "zur Rechenschaft ziehen", sondern von Interessenausgleich und Versöhnung. In unseren Schulen immerhin wird dies inzwischen gelernt (Streitschlichter), in der europäischen Geschichte wurde es lange Zeit gewusst: Der Papst selbst sandte einen Mediator nach Münster, um zu helfen, den 30jährigen Krieg zu beenden. Die Perspektive Mediation statt Diplomatie einzubringen, könnte eine genuin kirchliche Perspektive sein, mit der die Kirche ihrer im Hirtenwort "Gerechter Friede" vorgezeichneten Aufgabe entsprechen würde.

Auch die Art und Weise der Kritik der Kommission "Justitia et Pax" am Patriarchen der Russischen Orthodoxen Kirche im letzten Abschnitt ("eine Schande") ist in einer Zeit nicht hilfreich, wo ein Brief des russisch-orthodoxen Außenamtschefs Metropolit Hilarion an die europäischen Bischöfe vorliegt, mit der Bitte, "Gesprächskanäle zu schaffen und offizielle und inoffizielle Verhandlungen zu organisieren".

(<https://www.katholisch.de/artikel/33635-moskauer-patriarchat-bittet-katholische-eu-bischoefe-um-vermittlung>).

8. " Wir sollten tun, was wir können, um die russischen Partner zu unterstützen. Das Mindeste ist, die bestehenden kulturellen, wissenschaftlichen und religiösen Kontakte und Verbindungen mit unseren Partnern nicht abbrechen zu lassen." Es wäre gut, wenn die katholische Kirche in Deutschland dieses "wir" auf sich beziehen würde, und in einer gesellschaftlichen Situation immer stärkerer Verfeindung und Russophobie mit konkreten, eigenen Maßnahmen Zeichen setzen würde, denn diese Welt braucht "keine Verdoppelung ihres Unfriedens durch eine Religion, die zu allem Ja und Amen sagt."(GF 164)

9 "Möge die Gewaltfreiheit von der Ebene des lokalen Alltags bis zur Ebene der Weltordnung der kennzeichnende Stil unserer Entscheidungen, unserer Beziehungen, unseres Handelns und der Politik in allen ihren Formen sein." (Papst Franziskus) Wir sehen das aktuelle Handeln des Papstes, der sich vor allem als Stimme der Opfer versteht, in genau dieser Linie: „Mit traurigem Herzen schließe ich mich der Stimme der einfachen Menschen an, die ein Ende des Krieges ersehnen. Im Namen Gottes, man höre auf den Schrei der Leidenden ... Im Namen Gottes bitte ich euch: Stoppt dieses Massaker! Gott ist ausschließlich ein Gott des Friedens, er ist nicht ein Gott des Krieges, und wer Gewalt unterstützt, entweihet seinen Namen.“ (Angelus-gebet am 13. März)

Wir vermissen in der Erklärung der Kommission "Justitia et Pax" diese Perspektive auf die Opfer jeglicher Gewalt, die Perspektive eines wirklich gewaltfreien Stils für jegliches Handeln und für die Politik, wie sich das Papst Franziskus wünscht. Wir hoffen sehr, dass die deutschen Bischöfe dafür Sorge tragen, die Kommission "Justitia et Pax" in Zukunft so auszurüsten, dass sie im Sinne der dringlichen Aufforderung des Papstes zu aktivem gewaltfreiem Handeln konkrete Vorschläge machen kann.

Prof. em. Dr. Josef Freise

apl. Prof. Dr. theol. habil. Thomas Nauerth

PD. Dr. theol. habil. Stefan Silber

Prof. Dr. theol. habil. Prof. h.c. Egon Spiegel